

Thomas Wolfes

8. Werkstattgespräch: DDR-Planungsgeschichte in interdisziplinärer Perspektive (Tagungsbericht)

IRS/Erkner, 23./24. Januar 2003

Zum achten Mal fand im Institut für Regionalgeschichte und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin das Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR statt, das in diesem Jahr mit einem Forum zum Stand und den Perspektiven der Planungsgeschichte in Deutschland verbunden war. Organisiert wurde die Veranstaltung wieder von Christoph Bernhardt (IRS) in Zusammenarbeit mit Harald Bodenschatz vom Schinkelzentrum der TU Berlin. Auch dieses Mal konnten junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen einem interessierten Publikum neue Projekte und Forschungsarbeiten zur Diskussion stellen.

In ihren Begrüßungsansprachen betonten Christoph Bernhardt und Harald Bodenschatz die Bedeutung von interdisziplinär angelegter Forschung für den Erhalt und den Ausbau der Siedlungs- und Baugeschichte an Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Angesichts der derzeit jedoch eher zu beobachtenden institutionellen Schwächung der Planungsgeschichte sei eine Standortbestimmung und Perspektivdiskussion überfällig. Beide plädierten für die stärkere Einbeziehung methodischer Reflexionen in den Forschungsdialog und dessen Einbindung in eine „Kultur der Vernetzung“ mit dem Ziel, die vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen im wissenschaftlichen Betrieb zu optimieren. Das Schinkelzentrum sei bestrebt, so Bodenschatz, an der TU Berlin eine Vernetzung von internationalen Wissenschaftlern aus den Bereichen Denkmalpflege, Baugeschichte, Städtebaugeschichte und Planungsgeschichte zu etablieren.

Im ersten Block des Werkstattgesprächs referierte Peter Fibich (Hannover) über ein an der Universität Hannover angesiedeltes DFG-Projekt zur Entwicklung der Landschaftsarchitektur in der DDR. Die Gartendenkmalpflege habe dort zwar nur einen kleinen Bereich gebildet,

der jedoch aufgrund so herausragender Anlagen wie Sanssouci, Wörlitz oder Muskau einen um so größeren Stellenwert besessen habe und auch international gewürdigt worden sei. Fibich wies auf die personellen Kontinuitäten in der DDR-Gartendenkmalpflege nach 1945 hin und skizzierte deren Arbeit als „Modernisierungspolitik“, in deren Vordergrund die Erhaltung und Weiterentwicklung der Anlagen sowie die Korrektur von Fehlern der Vergangenheit gestanden habe. Ziel dieser Arbeit sei im Zuge der sozialistischen Erbpolitik die Inbesitznahme der Gärten durch die Bevölkerung gewesen. Seit den sechziger Jahren habe die Gartendenkmalpflege einen regen Aufschwung genommen, der sich auch in der Herausbildung einer eigenen Methodik widerspiegeln.

„Weder Stadt noch Land“ lautete der Titel des Vortrags von Ulrich Wieler (Weimar) über den Bandstadtentwurf von Egon Hartmann für die thüringische Stadt Mühlhausen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das in dieser kurzen Zeit bis 1949 herrschende „Aufbruchsklima“ sei noch nicht von ideologisch-politischen Einflüssen dominiert worden und habe den Architekten und Städtebauern relativ offene Diskussionen über die Zukunft der Stadt ermöglicht. Die unter anderem an sowjetischen Vorbildern angelehnte Bandstadt sollte, so Wieler, den Gegensatz zwischen Stadt und Land überwinden und für alle gleiche Lebensbedingungen in einer neuen Gesellschaftsform schaffen. Mit der Verabschiedung der „Sechzehn Grundsätze“ 1950 seien diese Planungen jedoch obsolet geworden. In der anschließenden, von Axel Zutz (Berlin) moderierten Debatte wurde vor allem auf die Rolle Reinhold Lingners für die Gartendenkmalpflege sowie auf Bezüge zwischen Band- und „Zwischenstadt“-Konzepten hingewiesen. In dem von Thomas Topfstedt (Leipzig) moderierten zweiten Block berichtete Cordula Zeidler (London) über die Geschichte der Prager Straße in Dresden, die nach dem erneuten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR in den 1960er Jahren als Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Stadtzentrum und gewissermaßen als ein inszeniertes Foyer der Stadt entstanden war. In dieser „sozialistischen Welt im Kleinen“ sollte, so Zeidler, der neue sozialistische Mensch den Alltag vergessen und die Befriedigung seiner Bedürfnisse erfahren. Zeidler kritisierte auch die

derzeitige zunehmende bauliche Überformung dieses herausragenden städtebaulichen Ensembles.

Auch Silke Satjukow (Jena) verwies in ihrem Vortrag zur „Bewohnung“ von Bahnhofsstraßen in ostdeutschen Städten auf das hohe Identifikationspotenzial dieser Räume. Es sei in der DDR wie schon vor dem Krieg von den politischen Führungsschichten zugleich zur Selbstdarstellung und zur machtpolitischen Abgrenzung gegenüber der Bevölkerung benutzt worden. Eine Sinnzuweisung erhielten diese präsentativ-symbolischen Empfangsräume nach Satjukow nur durch die Menschen – und das entwickelte sich in der DDR in zunehmendem Maße zu einem Problem für die Herrschenden.

Im dritten Block erläuterte Ute Jochinke (Berlin) die Planungen für die Stadt Senftenberg nach dem Rückgang der Braunkohleförderung zu Beginn der siebziger Jahre. Die Stadt wurde im Zuge eines umfangreichen Strukturwandels Teil des Erholungsgebietes „Lausitzer Oasen“ und sollte dementsprechend städtebaulich umgestaltet werden. Der Entwurf sah vor, Senftenberg durch das weitgehend industriell gefertigte „Wohngebiet am See“ auf das neue künstliche Gewässer hin auszurichten. Dessen Ausführung ließ jedoch eine erhebliche Diskrepanz zu diesem Ziel erkennen und schirmte die Stadt eher vom See ab. Heute bereitet dieses städtebauliche Erbe der unter Schrumpfungprozessen leidenden Kommune erhebliche Probleme und ist Gegenstand von Neuplanungen.

Im Anschluss daran berichtete Elfi Rembold (Hannover) über das Verhältnis von Stadt und Großbetrieb in der DDR am Beispiel der „Wilhelm-Pieck-Stadt“ Guben. Die Teilstadt an der Oder, die nach dem Krieg ihr historisches Zentrum an Polen verloren hatte und die innerhalb der DDR zugleich in eine periphere Lage geraten war, war in erheblichem Maße den Bedürfnissen des Chemiefaserkombinats und den Vorstellungen des Rates des Bezirks und der SED-Kreisleitung ausgesetzt. Eine eigenständige Stadtentwicklungspolitik vermochte die am unteren Ende der Entscheidungshierarchie gelegene Kommune kaum zu bewerkstelligen. So verhinderten Bezirk und Kreisleitung und das

Kombinat die vom Rat befürwortete Zentrumsplanung und beschränkten ihre staatliche Förderung und den Ausbau der Stadt auf den Wohnungsbau, wodurch nach Rembold der „Sterbeprozess“ Gubens, der 1945 begonnen hatte, nur hinausgezögert wurde. Diese These eines im Grunde seit dem 2. Weltkrieg einsetzenden Schrumpfungsprozesses stieß in der anschließenden, von Gerd Kuhn (Stuttgart) moderierten Diskussion, nicht nur auf Zustimmung.

Im abschließenden vierten Block des ersten Tages referierte Thomas Hafner (Berlin) einige Ergebnisse eines DFG-Projektes über die städtebaulichen und architektonischen Leitbilder im DDR-Nachkriegswohnungsbau am Beispiel Halle-Neustadts. Die komplett industriell erstellte sozialistische Modellstadt besaß eine herausragende Vorbildfunktion für die DDR und für die Verräumlichung der Lebensverhältnisse des neuen sozialistischen Menschen. Das Ziel bestand nach Hafner trotz des Baus unterschiedlicher Haustypen in der Schaffung eines nahezu identischen Wohnungsstandards. Tatsächlich konnte Halle-Neustadt diesen Ansprüchen aufgrund einer unzureichenden Umsetzung der Planvorgaben und von Defiziten bei der Infrastruktur und Nachfolgeeinrichtungen jedoch nur bedingt gerecht werden. Hafner wies darauf hin, dass bei allen Ähnlichkeiten im Großsiedlungsbau in Ost- und Westdeutschland in der Bundesrepublik doch immerhin eine offene Diskussion um den richtigen Weg im Wohnungsbau und seine Folgen möglich gewesen sei.

Harald Kegler (Dessau) erläuterte anschließend die Bedeutung der radikalen Trendwende im DDR-Wohnungsbau mit der Hinwendung zum innerstädtischen Bauen seit den achtziger Jahren, die zeitgleich mit einer Renaissance des Bauhauses einherging. Anstelle des extensiven Wohnungsbaus auf der grünen Wiese sei nun die städtebauliche Rekonstruktion mit einer Modernisierung des vorhandenen Bestandes und einem Neubau in den nicht mehr erhaltungswürdigen Stadtvierteln propagiert worden, um den Verfall der Innenstädte aufzuhalten. Eine wichtige Rolle bei der methodisch-instrumentellen und diskursiven

Umsetzung dieser Maßnahmen spielte nach Kegler die Sektion Städtebau und Gebietsplanung der HAB Weimar.

Barbara Engel (Cottbus) schließlich erweiterte den Blick über die Grenzen mit ihrem Referat über den Bau neuer Industriestädte in Sibirien nach 1945. Die aufgrund ihrer Abgeschlossenheit und mysteriösen Aura „blaue Städte“ genannten kleinen bis mittelgroßen über 900 Siedlungen seien nach einem Generalschema gleichmäßig über das zu erschließende Land verteilt worden, um die Entwicklung sehr großer Städte zu verhindern. Da die Planung in der Regel entsprechend den vorherrschenden städtebaulichen Leitbildern zentralistisch im weit entfernten Moskau erfolgte, hatten lokale Stadtarchitekten kaum Einfluss. Seit der Wende leiden diese Siedlungen Engel zufolge angesichts der Deindustrialisierung zumeist unter den oft überzogenen Planungen und der defizitären Ausstattung, was sich in Stagnation oder Schrumpfungsprozessen äußert, andererseits bieten sie ihren Bewohnern nach wie vor ein relativ großes Identifikationspotential. In der von Harald Bodenschatz (Berlin) moderierten Diskussion betonte Thomas Topfstedt unter anderem die ambivalente Eigendynamik der in Halle-Neustadt in Gang gesetzten „Maschine Großsiedlungsbau“.

Zu Beginn des zweiten Konferenztages referierten Carsten Benke, Philipp Springer und Thomas Wolfes (Berlin/Erkner) über ein VW-Projekt zur Entwicklung von Industriestädten in der SBZ/DDR. Im Vordergrund ihrer Betrachtung standen die Handlungsspielräume der Kommunen, die trotz ihrer Stellung als weisungsgebundene „lokale Staatsorgane“ mit geringen Kompetenzen keine bloßen Befehlsempfänger der DDR-Zentrale gewesen seien. Sie vertraten, so die Referenten, eigene Interessen, besaßen dabei aber sehr unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten. So konnte eine Bezirksstadt wie Rostock aufgrund ihres höheren Stellenwertes im Städtesystem der DDR die eigene Stadtentwicklung stärker in ihrem Sinne beeinflussen als kleinere Städte. Doch konnte mitunter auch eine kreisangehörige Stadt wie Ludwigsfelde durch die Mobilisierung von Einwohnern und Betrieben sowie die Nutzung örtlicher Ressourcen und

Netzwerke Eigensinn demonstrieren und gegen den Widerstand von „oben“ ein Projekt durchsetzen. Und auch eine Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft, von den staatlichen Organen zumeist nur als „Wohnungslieferant“ betrachtet, konnte, wie am Beispiel Schwedts erläutert wurde, als Akteur und als Schnittstelle zwischen den Ansprüchen der SED und des Kombinats einerseits und den Bedürfnissen ihrer Mitglieder andererseits eigenständige Interessen vertreten. Die Tagung schloss mit dem Forum zu Stand und Perspektiven der Planungsgeschichte ab und soll fortgesetzt werden.